

NGO Corner

■ NEWS

Größere Teilhabe der Zivilgesellschaft an Klimakonferenzen

In Hinblick auf die nächsten Klimakonferenzen ergibt sich für den BUND nicht nur der Bedarf den Ausbau der erneuerbaren Energien und die Steigerung der Energieeffizienz auf die Verhandlungs-Agenda zu setzen. Während die Einflussmöglichkeiten der Wirtschaftsvertreter in den letzten Jahren kontinuierlich gestiegen seien, wurde die Mitwirkung anderer zivilgesellschaftlicher Organisationen bei den Klimakonferenzen beschnitten. Die Warschauer Klimakonferenz habe gezeigt, dass ein Sponsoring-Verbot der Konferenzen seitens der Industrie erforderlich sei. Beschränkungen, wie die erfolgte Minderung der Zugangszahl für NGO-Vertreter seien rückgängig zu machen. Der BUND forderte darüber hinaus eine Erweiterung des Demonstrationsrechts bei den Verhandlungen sowie ein Rederecht für zivilgesellschaftliche Vertreter in den Arbeitsgruppen. Zudem müsse ein umfassender Zugang zu relevanten Dokumenten bereits während der Entwurfsphase ermöglicht werden.

Zustimmung zum Programm „Europa für Bürgerinnen und Bürger“

Ein Gesetzentwurf der Bundesregierung sieht vor, den deutschen Vertreter im Rat zu ermächtigen, der Verordnung des Europäischen Rates für das Programm „Europa für Bürgerinnen und Bürger“ zuzustimmen. Im Rahmen des bisherigen Programms werden zivilgesellschaftliche Organisationen gefördert, die mit ihren Aktivitäten zur Stärkung einer aktiven europäischen Bürgerschaft beitragen. Inhaltlicher Schwerpunkt des, aus dem Gesamthaushalt der EU finanzierten, neuen Programmzeitraums von 2014 bis 2020 soll u.a. das Thema „Demokratisches Engagement und Bürgerbeteiligung“ sein.

Einbindung der Zivilgesellschaft in die Entwicklung grüner Infrastruktur

Die Mitglieder des Ausschusses der Regionen und des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses forderten im November gegenüber der EU-Kommission lokale und regionale Gebietskörperschaften sowie die Zivilgesellschaft stärker und vor allem frühzeitig in die Entwicklung der grünen Infrastruktur einzubeziehen. Das Ziel der Initiative der grünen Infrastruktur ist es, natürliche Flächen in die Raumplanung zu integrieren und vorhandene Lebensräume miteinander zu vernetzen. Bis Ende 2013 will die EU-Kommission Leitlinien zur Einbeziehung grüner Infrastrukturmaßnahmen in andere Politikbereiche erarbeiten.

Change.org – Kampagnen-Tool auch für NGOs

Die weltweit größte Kampagnenplattform Change.org richtet sich nicht exklusiv an Einzelne, sondern auch an NGOs. Die Macher verstehen sich als „soziale Matchmaker“, die Menschen und Organisationen zusammenbringen. So haben die

Initiatoren einer Petition nicht nur die Möglichkeit deren Ziel und die Laufzeit festlegen, die Erfolgskriterien zu definieren und die Unterstützernamen für eine Übergabe der Petition runterzuladen. So kann von NGOs darüber hinaus die Abfrage des Wunsches nach weiteren Informationen integriert werden. Wird die Abfrage, von einem User aktiv bestätigt, leitet Change.org die Adresse gegen Gebühr an die jeweilige NGO weiter, die diese dann beispielsweise für das Fundraising nutzen kann.

■ LINKS

DONOR Tracker

Der DONOR Tracker ermöglicht einen Überblick zu den entwicklungspolitischen Prioritäten und Finanzierungszusagen der acht wichtigsten europäischen Geberländern. Die „Donor Profiles“ umfassen das politische System des jeweiligen Landes, die relevanten Akteure und Institutionen sowie die entwicklungspolitische Strategie mit Fokus auf die Sektoren Gesundheit und Landwirtschaft. Die entsprechenden Graphiken können direkt als Präsentation heruntergeladen werden. Die Nachrichten des wöchentlich aktualisierten „Policy Tracker“ informieren über aktuelle Debatten und politische Prozesse mit entwicklungspolitischer Relevanz in den Geberländern; sie können nach Ländern und Themen gefiltert und als RSS-feed abonniert werden.

www.donortracker.org

Neue interaktive Länderdatenbank

Von den aktuellen Bevölkerungszahlen, der Zahl der HIV-Infizierten bis zu Bevölkerungsprojektionen für die Jahre 2025 und 2050 – die Datenbank der Stiftung Weltbevölkerung bietet Daten für über 180 Länder und die einzelnen Regionen der Erde, inklusive der Möglichkeit, Weltkarten und Grafiken zu allen wichtigen Indikatoren der Bevölkerungsentwicklung zu erstellen.

www.weltbevoelkerung.de/laenderdatenbank.html

Online-Portal Cosmopublic EU – What moves your neighbour?

Das Online-Portal bietet alle zwei Wochen einen aktuellen Einblick in die aktuellen politischen und gesellschaftlichen Diskussionen in den verschiedenen EU-Mitgliedsstaaten und ist ein wertvolles Tool auch für NGOs, um sich über die Entwicklungen und die Debatten in diesen Ländern zu informieren. Seit diesem Jahr umfasst das Portal neben Deutschland, Polen, Belgien und den Niederlanden auch Italien, Frankreich, Bulgarien und Schweden.

www.cosmopublic.eu

■ LITERATUR

Zentes, J.; Kolb, S. & Fechter, M. (2012). **Zwischen Konfrontation und Kooperation: Eine empirische Analyse der Rolle von NGOs aus Unternehmensperspektive.** (Hrsg.) Institut für Handel & Internationales Marketing (H.I.M.A.) der Universität des Saarlandes.

Um den Einfluss von NGOs auf Unternehmen zu beleuchten, befragte das Institut für Handel & Internationales Marketing der Universität des Saarlandes über 200 Unternehmen aus Deutschland, Österreich und der Schweiz über ihre Erfahrungen und Erwartungen im Umgang mit NGOs. In der Studie werden sowohl Formen der Konfrontation als auch der Kooperation zwischen Unternehmen und NGOs, so genannte Grüne Allianzen betrachtet.

■ VERANSTALTUNGEN

3rd Human Rights and Change Conference in Kadir Has Üniversitesi, Istanbul, 16-18 Juni 2014

Die Konferenz thematisierte u.a. den wechselseitigen Einfluss von geopolitischen Veränderungen und Menschenrechten und befasste sich mit der Frage, inwieweit sich das Verständnis von Menschenrechten gewandelt hat. Die Initiatoren der Konferenz riefen ausdrücklich Praktiker zur Teilnahme auf.

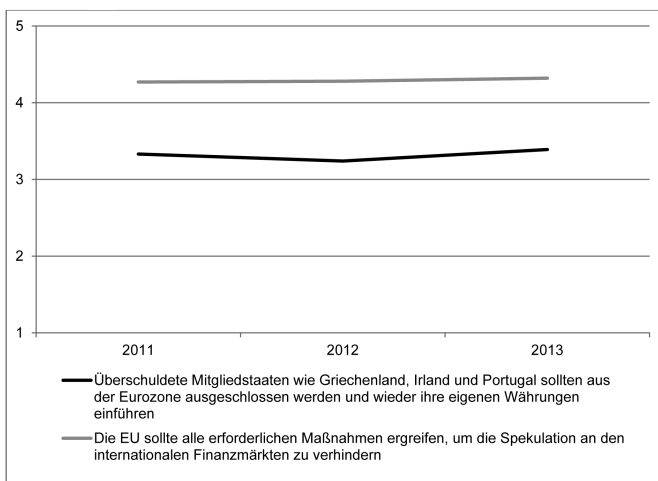
Sarah Bastgen
Sarah.bastgen@gmx.de

Pollster Corner

■ FORSCHUNG

Meinungen zur Eurokrise

Die Eurokrise ist zwischenzeitlich ein Dauerbrenner auf der politischen Agenda und in den Medien, doch wie reagiert die deutsche Bevölkerung auf diese langandauernde Krise? Der Vergleich dreier im Rahmen der German Longitudinal Election Study (GLES) durchgeführten Online-Umfragen im Mai 2011, Mai 2012 und Januar 2013 zeigt ein erstaunlich stabiles Bild: Weder steigt die Zustimmung zu der Aussage, dass überschuldete Mitgliedsstaaten aus der Eurozone ausscheiden und wieder eigene Währungen einführen sollten, noch wird mehr oder weniger Engagement der EU bei der Bekämpfung von



Quelle: GLES Langfrist-Online-Trackings T14 (ZA5347, Feldzeit 23.5.-3.6.2011), T17 (ZA5350, Feldzeit 2.5.-15.5.2012) und T19 (ZA5719, Feldzeit 4.1.-19.1.2013).

Anmerkungen: Skala von 1 (stimme überhaupt nicht zu) bis 5 (stimme voll und ganz), bei T19 abweichende Frageformulierung („Überschuldete Mitgliedsstaaten wie z.B. Griechenland sollten aus der Eurozone ausgeschlossen werden und wieder ihre eigenen Währungen einführen“).

Spekulationen an den internationalen Finanzmärkten gefordert. Eine Radikalisierung der Bevölkerung in Hinblick auf den Ausschluss von Ländern aus der Eurozone lässt sich im Verlauf der Eurokrise also nicht feststellen. (EB)

■ NEWS

IntUne-Daten 2007 und 2009 erschienen

Das von der Europäischen Union geförderte IntUne-Projekt befasst sich mit der Herausbildung einer europäischen Identität und Bürgerschaft. Hierfür wurden 2007 und 2009 in insgesamt 16 EU-Staaten sowie den Beitrittskandidaten Serbien und Türkei Umfragen zu Vertrauen in nationale und europäische Institutionen, Einstellungen zur EU und zu einer weiteren europäischen Integration sowie zu Wahlen auf europäischer und nationaler Ebene erhoben. Diese Daten sind nun öffentlich zugänglich unter:

<http://info1.gesis.org/dbksearch13/SDesc2.asp?DB=D&no=5696> (2009) und

<http://info1.gesis.org/dbksearch13/SDesc2.asp?DB=D&no=5695> (2007) (EB)

Daten zu den jüngsten Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen, Schleswig-Holstein und Niedersachsen erschienen

Zu den Landtagswahlen 2012 in Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein sowie 2013 in Niedersachsen hat die German Longitudinal Election Study (GLES) nun Umfragedaten veröffentlicht. Hierfür wurden in jedem der beiden Bundesländer etwa 500 Personen anhand eines Online-Fragebogens befragt. Im Vordergrund stehen neben aktuellen landespolitischen Themen vor allen Dingen Unterschiede in der Bewertung von Landes- und Bundesparteien sowie -politikern. Hierdurch wird beispielsweise eine genaue Untersuchung des Ein-